

Angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt muss die Weiterbildung zu einer politischen Priorität werden

Technologische Veränderungen führen zu grosser Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und machen die Berufswahl komplexer. Die beruflichen Laufbahnen werden fragmentierter, und ein Berufswechsel wird aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund des Wandels bestimmter Berufe durch Automatisierung und künstliche Intelligenz immer unvermeidlicher. In diesem Zusammenhang erweisen sich Weiterbildung und Umschulungsstrategien als unverzichtbare Instrumente in allen Phasen des Berufslebens, unabhängig vom Beschäftigungsgrad oder der Unternehmensgrösse.

Im Jahr 2023 nahmen 53 % der 25- bis 64-Jährigen an einer Weiterbildung teil. Doch obwohl die Inanspruchnahme von Weiterbildung zunimmt, ist der Zugang dazu nach wie vor ungleich verteilt. Die Weiterbildungsbeteiligung von Personen mit geringen Grundkompetenzen in Lesen, Rechnen und Problemlösen (15 % der Erwachsenen laut BFS) ist viermal niedriger als der Durchschnitt. Zudem erhält mehr als ein Viertel der Personen, die weniger als 40 % arbeiten, keinerlei Unterstützung bei der Weiterbildung (Barometer Gute Arbeit, 2025). Daraus ergibt sich ein regelrechter Teufelskreis: Die am wenigsten qualifizierten Personen haben weniger Zugang zu Weiterbildung, was ihre Anpassungsfähigkeit an die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt noch weiter einschränkt. Diese Problematik ist umso ausgeprägter, als ein nicht unerheblicher Teil der Erwerbsbevölkerung über keine Qualifikation der Sekundarstufe II verfügt. Im Jahr 2023 betraf dies 14 % der 25- bis 64-Jährigen, also rund 530'000 Erwachsene. Vor diesem Hintergrund ist der Druck auf die Mittel für die Weiterbildung, insbesondere im Rahmen des Entlastungspakets 27, besonders besorgniserregend.

Travail.Suisse fordert:

- Eine massive und nachhaltige Stärkung der Weiterbildung und der Umschulungsmassnahmen, die in jeder Phase der beruflichen Laufbahn zugänglich sind, unabhängig vom Beschäftigungsgrad oder der Unternehmensgrösse.
- Einen gerechten Zugang zur Weiterbildung, insbesondere für Teilzeitbeschäftigte oder gering qualifizierte Personen, um den wachsenden Ungleichheiten entgegenzuwirken.
- Die Übernahme der indirekten Ausbildungskosten (Einkommensausfall, Kinderbetreuung, Zeitaufwand) durch die Schaffung eines nationalen Stipendiums als Ergänzung zu den kantonalen Stipendien.
- Um von einem reaktiven Ansatz zu einem präventiven Ansatz überzugehen, wie es die Motion 25.4414 WBK-N fordert, muss die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) gestärkt und von der obligatorischen Schulzeit bis zum Rentenalter zugänglicher gemacht werden.
- Eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung durch die Arbeitslosenversicherung für arbeitslose Personen, die unter anderem aufgrund des technologischen Wandels einen entsprechenden Bedarf haben. Dies mit dem Ziel einer nachhaltigen Integration der Arbeitnehmenden in die Arbeitswelt.